

Ansprechpartner*innen:

Landesleitung: Benjamin Roscher
(lbz.bb@verdi.de)

Fachbereich B stellv. Landesfachbereichsleitung:
Katja Boll (katja.boll@verdi.de)

Fachbereich C Landesfachbereichsleitung: Jana
Seppelt (jana.seppelt@verdi.de)



Berlin-Brandenburg

**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

Stellungnahme zum Gesetz zur Neuordnung der Kindertagesbetreuungsfinanzierung (KitaFinNG)

Der vorliegende Gesetzentwurf des Gesetzes zur Neuordnung der Kindertagesbetreuungsfinanzierung (KitaFinNG) wird den realen Herausforderungen in der Kindertagesbetreuung nicht gerecht. Statt die strukturellen Probleme endlich konsequent anzugehen, verfestigt der Entwurf bestehende Defizite und verschiebt Risiken einseitig auf Träger, Beschäftigte und Familien.

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist besonders kritisch, dass der Gesetzentwurf unter dem Leitbild der Kostenneutralität steht. Dieses Paradigma ist angesichts von Fachkräftemangel, steigenden Anforderungen und wachsender Arbeitsbelastung völlig realitätsfern. Gute frühkindliche Bildung ist nicht zum Nulltarif zu haben. Wer Kostenneutralität festschreibt, schreibt in Wahrheit Qualitätsabbau und weitere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen fest.

Die Arbeitsrealität in den Kitas in Brandenburg ist bereits heute geprägt von hoher Belastung, Personalknappheit und unzureichenden Zeitressourcen für pädagogische Qualität. Der Entwurf liefert keine Antwort auf diese Situation. Es fehlen verbindliche Verbesserungen der Personalschlüssel ebenso wie klare Regelungen zur Absicherung von Ausfallzeiten, Vor- und Nachbereitung sowie mittelbarer pädagogischer Arbeit. Damit bleibt der zentrale Hebel für Entlastung und Qualitätsentwicklung ungenutzt.

Zugleich schafft die vorgesehene Finanzierungslogik neue Unsicherheiten. Intransparente Berechnungsgrundlagen, fehlende automatische Refinanzierung tariflicher Entwicklungen und die Kopplung der Finanzierung an formale Verfahren und Fristen führen zu Planungsrisiken. Diese Planungsrisiken werden faktisch in die Einrichtungen getragen – mit direkten Auswirkungen auf Beschäftigte und Betreuungsqualität.

Besonders problematisch ist die Ausweitung von Steuerungs- und Sanktionsmechanismen. Finanzielle Kürzungen bei formalen Verstößen und Verzögerungen treffen nicht Trägerstrukturen, sondern wirken sich unmittelbar auf Personal und Arbeitsbedingungen aus. Ein solches System erzeugt Druck, statt Qualität zu sichern.

Auch sozialpolitisch bleibt der Entwurf hinter seinem Anspruch zurück. Die Regelungen zu Elternbeiträgen und Verpflegung bergen die Gefahr, soziale Ungleichheiten zu verstärken und Teilhabe einzuschränken. Bildungsgerechtigkeit wird so nicht gestärkt, sondern untergraben.

Ansprechpartner*innen:

Landesleitung: Benjamin Roscher
(lbz.bb@verdi.de)

Fachbereich B stellv. Landesfachbereichsleitung:
Katja Boll (katja.boll@verdi.de)

Fachbereich C Landesfachbereichsleitung: Jana
Seppelt (jana.seppelt@verdi.de)



Berlin-Brandenburg

**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

Hinzu kommt, dass zentrale Zukunftsfragen – insbesondere Fachkräftegewinnung und Fachkräftebindung – im Gesetz praktisch keine Rolle spielen. Ohne bessere Arbeitsbedingungen, verlässliche Finanzierung und attraktive Rahmenbedingungen wird sich der Personalmangel weiter verschärfen.

Insgesamt entsteht der Eindruck eines Gesetzes, das Verwaltung ordnet, aber die Realität in den Einrichtungen nicht verbessert. Die eigentlichen Probleme – Überlastung, Personalmangel, Qualitätsdefizite – werden nicht gelöst, sondern verwaltet.

Fazit: Der Gesetzentwurf ist in seiner jetzigen Form nicht geeignet, die Kindertagesbetreuung in Brandenburg nachhaltig zu stärken. Er bleibt hinter den Anforderungen an gute Arbeit, gute Bildung und soziale Gerechtigkeit deutlich zurück.

Zentrale gewerkschaftliche Erwartungen an eine Nachbesserung sind:

- Abkehr von der Kostenneutralität hin zu einer bedarfsgerechten dynamischen Finanzierung
- Verbindliche Verbesserung der Personalschlüssel inklusive Ausfallreserven
- Vollständige und automatische Refinanzierung tariflicher Entwicklungen
- Reduzierung von Bürokratie und Verzicht auf sanktionsbasierte Steuerung
- Stärkung der sozialen Teilhabe durch faire und solidarische Regelungen
- Konkrete Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung und Fachkräftebindung

Nur wenn diese Punkte grundlegend nachgebessert werden, kann das Gesetz einen Beitrag zu besseren Arbeitsbedingungen und höherer Qualität in der frühkindlichen Bildung leisten.

Kernforderungen:

1. Mehr Personal – realistische Personalschlüssel
 - Personalschlüssel deutlich senken
 - Orientierung an tatsächlichem Bedarf, nicht an Mindeststandards
 - Wiedereinführung und Ausfinanzierung der dritten Betreuungsstufe
2. Ausbildung ist keine Personalreserve
 - Auszubildende vollständig aus dem Personalschlüssel herausnehmen
 - Ausbildung finanzieren

Ansprechpartner*innen:

Landesleitung: Benjamin Roscher
(lbz.bb@verdi.de)

Fachbereich B stellv. Landesfachbereichsleitung:
Katja Boll (katja.boll@verdi.de)

Fachbereich C Landesfachbereichsleitung: Jana
Seppelt (jana.seppelt@verdi.de)



Berlin-Brandenburg

**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

- Qualität der Ausbildung sichern, statt Missbrauch als Lückenfüller
 - Praxisanleitung durch Freistellung sichern
3. Schluss mit geplanter Unterbesetzung
 - Urlaub, Krankheit, Weiterbildung und Ausfälle dürfen **NICHT** eingerechnet werden
 - Verbindliche Personalpuffer gesetzlich festschreiben
 4. Zeit für Qualität
 - Vor- und Nachbereitungszeiten verbindlich berücksichtigen
 - Pädagogische Arbeit braucht Zeit – nicht nur „Betreuung“
 5. Starke Leitungen
 - Verbindliche und ausreichende Leitungsfreistellung
 - Leitung ist Managementaufgabe, kein Nebenjob
 6. Trägervielfalt sichern
 - Faire Finanzierung für freie Träger
 - Keine strukturelle Benachteiligung
 7. Keine Bürokratie mit Sanktionsdrohung
 - Keine Kopplung von Finanzierung an Datenmeldung
 - Digitalisierung darf nicht zur Druckkulisserie werden
 8. Klare demokratische Kontrolle
 - Optionsmodell nur mit klarer Zuständigkeit und Beteiligung
 - Keine Machtverschiebung durch Hintertüren